Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags —6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ¼3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,230.
Abonnementspreis viertelj. 4½ **Mk.,** incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 62. **Freitag** den 3. März 1882. **76. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die beiden, von der Stadt zum allgemeinen Gebrauche angeschafften, im Souterrain des Museums aufbewahrten **Leichentücher** werden durch den dasigen Hausmeister zur Benutzung bei Leichenbestattungen für 9 ℳ ausgeliehen und wird für diese Taxe gleichzeitig das zum Auflegen auf den Sarg bestimmte Crucifix leihweise mit überlassen.

Leipzig, am 28. Februar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Wegen Einlegung des Doppelgleises der Pferdebahn wird **der Brühl zwischen Katharinen- und Hainstraße von Montag, den 6. März d. J.,** ab bis auf Weiteres **für den Durchgangsverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 1. März 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Für die erste diesjährige Benefizvorstellung **zum Besten des Theater-Pensions-Fonds,** welche **Freitag, den 3. März d. J.,** stattfinden soll, haben wir die Oper **„Fidelio"** gewählt.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Wahl dieser Oper für das geehrte Publicum besondere Veranlassung sein wird, seine Theilnahme für das Pensionsinstitut durch recht zahlreichen Besuch zu bethätigen.

Leipzig, den 25. Februar 1882.

Der Verwaltungsausschuß des Theater-Pensions-Fonds.

Im Monat Februar sind vom Stadtrath angestellt worden:

als Rathswachtmeister: **Johann Friedrich Wilhelm Steinhausen;** als Corporal der Rathswache: **Gustav Adolph Fritsch;** als Schulaufwärter: **Friedrich Wilhelm Fleischer.**

Nichtamtlicher Theil.

Russischer Chauvinismus.

I.

Die düsteren Wolken, welche Herr v. Puttkamer von Zeit zu Zeit am politischen Himmel Europas zu sehen pflegt, scheinen das letzte Mal nicht blos in der Phantasie des Herrn Ministers aufgestiegen zu sein, denn die jüngsten Nachrichten, wie sie vorzüglich aus dem Osten zu uns kamen, gestalteten sich mehr und mehr als die Vorboten eines heranziehenden Wetters. Es ist ja leicht erklärlich, daß die Waffen, in denen Europa starrt, mitunter auch ohne besondere Veranlassung aneinander klirren; so absichtlich, wie vor Kurzem, ward aber seit langer Zeit nicht mit dem Schwert gerasselt. Den vielbesprochenen Reden des General Skobeleff mag man ja von mancher Seite ein allzu großes Gewicht beigelegt haben, gewiß sind dieselben aber als ein Ausdruck Dessen, was man in weiten Kreisen der russischen Bevölkerung denkt, in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen. Während Rußland Alles, was es an Cultur besitzt, nur dem westeuropäischen, hauptsächlich dem deutschen Elemente zu danken hat, wiederholt sich jetzt die schon unter Nikolaus beobachtete Erscheinung, daß der Schüler sich gegen seinen Lehrer auflehnt, und mit dem Buche, dessen Aufgaben er nicht zu lösen versteht, nach ihm wirft. Nach westeuropäischem Vorbilde schuf Peter der Große sich seinen russischen Staat, er hob die Bojarenwürde auf und zwang den Adel, am Hofe zu Petersburg, das er als ein Paris an der Newa erstehen ließ, Dienste zu nehmen; die höchste geistliche Macht vereinigte er in seiner Person mit der weltlichen und glaubte sein Volk wirklich mit der Knute auf die Bahn des culturellen Fortschritts getrieben zu haben. Doch in Einem hatte sich der geniale Herrscher dabei verrechnet, nämlich darin, daß sich ein Volk eben nicht gewaltsam cultiviren läßt; daß man mit Zwang und Verordnungen wohl eine Aenderung in dem äußeren Leben zu erzielen vermag, daß es aber für die geistige Ausbildung einer Jahrhunderte langen Arbeit aus dem Innern des Volkes heraus bedarf. Während die westeuropäischen Nationen in Kunst und Wissenschaft eine ruhmreiche Vorgeschichte besaßen, fingen die russischen Dichter und Denker erst in diesem Jahrhundert an, sich an deutschen und französischen Mustern zu bilden. Zudem blieben noch die Massen des russischen Volkes von diesem geistigen Aufleben völlig unberührt, die starre Faust der Autokratie lag und liegt wie ein Bleigewicht auf der Seele des Volkes und hindert sie am freieren Aufathmen.

Die erste Vorbedingung für die gesunde culturelle Entwickelung des Volkes ist ein breiter kräftiger Mittelstand; diese Vorbedingung fehlt aber in Rußland fast gänzlich, denn den auf weiten Landstrecken verstreuten, noch in den ersten Stadien der Heranbildung befindlichen, äußerst zahlreichen Bauern steht nur ein sehr geringes und einflußloses Bürgerthum gegenüber. Die Brücke von dem überbildeten Russen der Adels- und Beamtenkasten zu dem in Branntwein und Schmutz verkommenden Muschik ist leider noch nicht geschlagen. Andere Völker haben die Freiheiten, welche sie besitzen, ihren feudalen Machthabern abgerungen; was die Russen an Freiheit aufzuweisen haben, ist ihnen von dem Zaren geschenkt worden. Dazu kommt eine äußerst mangelhafte Rechtspflege; 5000 Paragraphen umfaßt in 21 Quartbänden der „Swod", das russische Gesetzbuch, und ein Ukas darin ließe sich mit dem andern widerlegen. In andern Ländern ist Alles, was dem Gesetze nicht verboten ist, erlaubt, in Rußland ist Alles verboten, was nicht vom Gesetze erlaubt ist. Elf Instanzen besitzt die russische Justiz und wenn das Urtheil des Richters gefällt ist, wird es von den Verwaltungsbehörden durch eigene Machtvollkommenheit cassirt und oft wandelt sich der Freispruch der Assisen in „administrative Verschickung" nach Sibirien. Der wundeste Fleck in dem russischen Staatsleben ist jedoch „die verdorbene, habgierige, räuberische Bureaukratie, die Hefe der schlechtesten und verdorbensten Leidenschaften", wie der Fürst Peter Dolgorukoff die Tschinowniks nannte. Schon im Jahre 1861 prophezeite dieser echte Patriot: „die Herrschaft der Bureaukratie in Rußland wird früher als man glaubt eine furchtbare Sintfluth herbeiführen, in der wir das russische Gouvernement verschwinden sehen werden." Auf diesem Boden ist die Giftpflanze des Nihilismus emporgeschossen, welche man jetzt mit dem Instrument des Panslavismus auszuroden gedenkt. Wie der Graf Loris Melikoff bei seinem Aufenthalt in Wiesbaden bemerkte, ist das russische Volk noch zweihundert Jahre hinter dem deutschen an Civilisation zurück; trotzdem hat sich die russische „höhere Gesellschaft" die Aufgabe gestellt, zu beweisen, daß Rußland den andern Nationen Europas um hundert Jahre voraus sei. Wir sind die Männer der Zukunft, so predigt man in den Petersburger und Moskauer Cirkeln, wir sind die wahren „Zeitgemäßen" und verachten jeden „Retrograden", der sich noch mit dem „historischen Klotz am Fuß" herumschleppt. „Zerstörung aller Staaten, Vernichtung der Bourgeois-Civilisation, freie Organisation von unten nach oben vermittelst zwangloser Verbindungen; Organisation des entfesselten Völkerpöbels der ganzen Menschheit; Herstellung einer neuen allgemein menschlichen Welt", so klingt das Sirenenlied, das uns nach Bakunin'scher Melodie die russische Aufklärung versingt. Mag man jetzt an der Newa über die Consequenzen der nihilistischen Agitation die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen, die Schuld daran trägt man selbst. Die russische Gesellschaft mit ihren „zeitgemäßen" Doctrinen in ihrer inneren Hohlheit und dem krankhaften Haschen nach Genuß, mit ihrer schlimmen Verspottung aller göttlichen und menschlichen Autorität war reif für den Nihilismus; als ihr eigenstes Kind hat sie ihn groß gezogen.

Leipzig, 3. März 1882.

Seit einigen Tagen gedeiht die Entenzucht in wahrhaft überraschender Weise. Wo weilt der General Skobeleff? Am Dienstag hieß es: in Italien, am Mittwoch wurde versichert: in Petersburg, wo er in aller Stille angelangt sein soll. Wir sind augenblicklich kaum im Stande, festzustellen, welche von diesen Angaben richtig ist; daß er in Genf war und mit einem ihm von früher her befreundeten amerikanischen Zeitungsberichterstatter, dem Grafen Zakliska, dinirt, sonst aber keine Besuche empfangen hat, scheint wahr zu sein, denn der genannte Graf telegraphirt diese Nachricht selber an ein Lemberger Blatt, die „Gazeta Narodowa", mit dem Hinzufügen, daß General Skobeleff sich am Sonnabend, Vormittags 11 Uhr, mittelst eines Wagens über den Simplon nach Italien begeben habe, um von dort nach Tunis (!) zu gehen. Dieser letztere Zusatz würde, wenn sich die Angabe von der Ankunft Skobeleff's in Petersburg bestätigte, nur beweisen, wie sehr es Herrn Skobeleff darum zu thun gewesen ist, unbemerkt und in aller Stille in seine Heimath zurückzukehren. Dies würde sich aus der starken Niedergeschlagenheit erklären, die sich des Generals bei der Nachricht bemächtigt haben soll, daß der Kaiser ihm zurückzukehren befehle. Einem Briefe der „Nat.-Ztg." entnehmen wir hierauf bezügliche interessante Details. Fürst Orloff, der russische Botschafter in Paris, begab sich nach Empfang des kaiserlichen Befehls sofort in die Wohnung des Generals und wurde, obwohl es noch Morgens war, sogleich vorgelassen. Die Schilderung, die Fürst Orloff von dem persönlichen Zustande Skobeleff's gemacht haben soll, kommt auf Das heraus, was von den Morgengewohnheiten starker und sehr reducirter Trinker erzählt wird. Als Fürst Orloff dem General mittheilte, er überbringe ihm den Befehl zur Heimreise, erblaßte Skobeleff und ein nervöses Zittern überkam ihn. „Von wem ist der Befehl unterzeichnet, vom Zaren oder von Ignatieff?" fragte endlich sich fassend General Skobeleff. Auf die Antwort, daß der Zar selbst den Befehl unterzeichnet habe, verfiel Skobeleff in einen solchen Zustand der Niedergeschlagenheit, daß Fürst Orloff, dem die Sache peinlich wurde, Skobeleff die schriftliche Ordre überreichte und sich empfahl. Jedenfalls hat nach den Schilderungen des Fürsten Orloff Skobeleff bei dieser Gelegenheit die Festigkeit und Kaltblütigkeit nicht gezeigt, die ihm bei den Kämpfen um Plewna und Geoktepe nachgerühmt werden. Die Schilderung, die Fürst Orloff gab, stimmt übrigens mit Dem überein, was von dem Verhalten und der Lebensweise des Generals schon vorher verlautete.

Telegraphisch wurde uns vom Mittwoch aus Wien gemeldet, daß Skobeleff daselbst (auf der Durchreise nach Rußland) angekommen sei. Die Wiener „Presse" bestätigt diese Meldung; das amtliche Blatt schreibt:

General Skobeleff ist am Dienstag Abend mit der Westbahn hier angelangt, übernachtete im „Hotel Nordbahn" und ist heute um 11 Uhr mit dem Eilzug nach Petersburg abgereist. In seiner Begleitung befindet sich ein Herr, der eher für einen Beamten als seinen Diener gelten sollte, und es ist möglich, daß es ein Gesandtschafts-Beamter ist, der ihn nach Rußland begleitet.

Immerhin muß man sagen: „Skobeleff und kein Ende!" Aus Berlin erhält die „Pol. Corr." wieder einmal einen jener ihr von „sehr beachtenswerther Seite" zukommenden Briefe, welche wegen ihres sensationellen Inhalts niemals verfehlen, Aufsehen zu machen. Heute behandelt der Correspondent die Rede des Generals Skobeleff. Nachdem er betont, daß von Kriegsvorbereitungen gegenwärtig in Rußland nichts wahrnehmbar ist und eine acute Gefahr daher absolut nicht vorhanden sein könne, untersucht er die symptomatische Bedeutung der Skobeleff'schen Rede und meint, „gerade Nichtpolitiker werden Herrn Skobeleff vielleicht nicht so bald vergessen, auch wenn er für einige Zeit in eine ehrenvolle Verborgenheit versetzt werden sollte. Leute dieser Art werden das unheimliche Gefühl nicht mehr überwinden können, daß der Riesenkörper des größten Reiches der chronischen Auflösung verfallen ist. Nach Alexander's II. schrecklichem Ende glaubte man an ein energisches Aufraffen, an große Entschlüsse und rettende Maßregeln. Heute sind alle Beobachter von dem Eindrucke ergriffen, daß kein reformirender Absolutismus das Werk der Regeneration Rußlands vollbringen könne, daß andere Wege aber einmal schwer zu finden sind und zweitens von den verwaltenden Kreisen mit unüberwindlichem Abscheu betrachtet werden." Ein solches Geständniß, welches eine Berliner hochofficiöse Feder in einem Wiener officiösen Organe ablegt, verdient gewiß einige Beachtung. Mit Recht beklagt sich übrigens ein Wiener Correspondent in der Kreuzzeitung darüber, daß von russischer Seite bisher nichts geschehen sei, um in unzweideutiger Weise darzuthun, daß das officielle Rußland entschlossen sei, den sein politisches Ansehen compromittirenden, ja die Ordnung in Rußland selbst bedrohlichen Umtrieben und Manövern mit größerer Entschiedenheit als bisher entgegenzutreten. „Leider macht", wie der genannte Correspondent schreibt, „die Haltung gewisser russischer Organe, besonders wenn man ihre Inspiratoren in Betracht zieht, auf uns nicht den Eindruck, als ob diese Entschlossenheit vorhanden wäre." In der That muß es einen sehr üblen Eindruck machen, wenn das Organ des Grafen Ignatieff, die „Nowoje Wremja", die Vereinigung der nihilistischen und panslavistischen Agitation proclamirt, und wir glauben es gern, daß man in Berliner leitenden Kreisen darüber sehr verstimmt ist und die Auslassung der „Nowoje Wremja" als direct anti-dynastisch auffaßt und hieraus auch dem Fürsten Orloff gegenüber kein Hehl gemacht hat.

Bis jetzt sind noch keine festen Bestimmungen über den Frühjahrsaufenthalt des Kaisers getroffen worden, doch nimmt man an, daß zunächst wiederum in Wiesbaden ein längeres Verweilen stattfinden wird. Auch dürfte sich daran eine Cur in Ems, nach gewohnter Weise, schließen. Das Geburtsfest des Kaisers wird hergebrachtermaßen begangen. Zu der Feier in der Berliner Universität dürfte der Senat, da der berufene Festredner, Professor der Beredtsamkeit, Geh. Regierungsrath Dr. Ernst Curtius, zur Zeit Rector ist, einen andern Festredner berufen. Die Akademie der Wissenschaften begeht den Tag durch eine öffentliche Sitzung am 23. März. Ob eine größere Militairbeförderung um diese Zeit stattfinden wird, steht noch dahin.

Die Ausgleichsverhandlungen Schlözer's in Rom scheinen an einem Wendepuncte angelangt; ob zur Befriedigung aller Derer, welche einen gesunden, den Staat vor den Uebergriffen der Kirche sichernden Ausgleich mit der Curie wünschen, ist allerdings eine andere Frage. Die vaticanischen Blätter sind allzu übermüthig; so schreibt die „Unita Cattolica", es gewinne den Anschein, als wolle der Reichskanzler den Frieden mit dem Papste um jeden Preis hergestellt wissen. Er werde sogar möglicherweise einen Druck auf die italienische Regierung ausüben, stark genug, um sie zur Aufgabe Roms zu veranlassen. Jedenfalls sei der Sieg des Papstes schon jetzt kein geringerer, als der von Papst Alexander über Friedrich Barbarossa in der Marcuskirche von Venedig errungene. Mag eine derartige, bei den „freundschaftlichen Beziehungen der preußischen Regierung zu dem jetzigen Papste" billigerweise überraschende, auf deutsch freche, Sprache seitens des leitenden Blattes der vaticanischen Politik immerhin der Hauptsache nach eine Rodomontade sein, etwas scheint denn doch in der Mission Schlözer mißglückt zu sein, wenn auch das Gerücht von dem gänzlichen Scheitern derselben hinfällig sein mag.

Die „Germania" bemerkt zum Tabaksmonopol: „Was bezweckt Fürst Bismarck mit der unerwarteten Beschleunigung dieses aussichtslosen Gesetzentwurfs? Wie der Volkswirthschaftsrath sich immer dazu stellen mag, der Reichstag wird ihn nicht annehmen. Die Einberufung des Reichstags zu einer Tabakssession im Frühjahr kann also nur den Erfolg haben, einen neuen Conflict zwischen der Regierung und der Mehrheit der Volksvertretung zu veranlassen. Soll das der Anlaß zu einer Auflösung des Reichstags sein? Aber der Kanzler wird ebenso wenig, wie wir, vergessen haben, daß das Feldgeschrei „Tabakmonopol" in der letzten Wahlcampagne nicht lockend und begeisternd, sondern abschreckend und entmuthigend gewirkt hat. Wir fürchten, daß die Bekanntgebung des concreten Entwurfes die Zahl der Gegner eher vermehren als vermindern wird."

Hatte schon die Neubesetzung der Präsidentenstelle am Oberlandesgericht zu Hamm durch den früheren preußischen Cultusminister Dr. Falk unter den westfälischen Ultramontanen große Mißstimmung erregt, welcher die Parteiorgane unverhohlen Ausdruck gaben, so ist dieselbe noch gesteigert worden durch das Bekanntwerden eines angeblichen Rescripts des Justizministers an das genannte Gericht, wonach in Zukunft auch an den gebotenen katholischen Feiertagen (Mariä Reinigung 2. Februar, Verkündigung 25. März, Frohnleichnam, Peter und Paul 29. Juni, Mariä Geburt 8. September, Empfängniß 8. December und Aller Heiligen 1. November) den katholischen Bureaubeamten die Verpflichtung zum Bureaudienst obliegen soll. In den angrenzenden Rheinlanden scheint man noch nicht so weit gehen zu wollen, und diese scheinbare Ungleichheit der Behandlung ist es jedenfalls hauptsächlich, was die katholischen Münsterländer so erbittert. Minister Dr. Friedberg darf sich auf einen heftigen Angriff von Seiten des Centrums gefaßt machen, wenn sein Etat im Abgeordnetenhause wieder zur Berathung kommt.

Die neueste Kundgebung des Königs von Baiern an sein Ministerium wird von den ultramontanen Blättern des Landes insofern als ein Beitrag zur Klärung der Lage angesehen, als jetzt mit aller Bestimmtheit anzunehmen sei, daß die Kammermehrheit mit ihrer seitherigen Tactik nichts erreichen werde. Die Würzburger „Bavaria" schreibt: „Es bleibt nur zweierlei übrig. Entweder kommt die Staatsregierung den berechtigten Wünschen der Katholiken so weit entgegen, daß ein erträglicher Zustand hergestellt wird, oder die Kammermehrheit muß, wenn sie sich überzeugt hat, daß Dies nicht geschehen wird, das einzige noch zulässige Mittel anwenden: die Mandatsniederlegung." Dazu bemerkt der Münchener „Bayerische Kurier", ein klericales Blatt, das jetzt für Anbahnung eines modus vivendi zwischen dem Ministerium Lutz und der Rechten eintritt: „Gegen die Richtungen dieses Dilemma an sich dürfte nicht viel einzuwenden sein. Wir haben kürzlich auch gesagt: sich beugen oder weichen. Die Frage, welche sehr wohl und zwar recht „sine ira et studio" in reiflichster Erwägung der Gesammtlage unseres Vaterlandes zu prüfen sein wird, ist aber: Was sind die möglichen Folgen einer Niederlegung des Mandats? Wir meinen, eine solche, nicht blos die nächste Zukunft, sondern auch den weiteren Verlauf der Dinge nach allen Möglichkeiten ins Auge fassende Prüfung könnte nur zu dem Resultate führen, welches, wie wir kürzlich angeführt, der heilige Vater in den Worten ausdrückt: (Die Kirche) „sieht sich gezwungen, manchmal Uebel zu dulden, welche zu hindern beinahe unmöglich wäre, ohne noch schlimmeren Uebeln und Verwirrungen sich auszusetzen." Die Lage ist ohne Zweifel sehr ernst und fordert die reiflichste und gewissenhafteste Erwägung, keine Beurtheilung nach den beliebten Parteischlagworten."

Die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien in Angelegenheit der Donaufrage werden wieder aufgenommen. Graf Wolkenstein wird nämlich, wie die „N. Fr. Pr." meldet, zu diesem Behufe nächster Tage nach Berlin kommen. Wie es den Anschein hat, bestehen bezüglich der technischen Details in der Donaufrage noch einige Differenzen zwischen beiden Regierungen, nach deren Bestätigung Graf Wolkenstein zur Erzielung eines Uebereinkommens mit der französischen Regierung nach Paris gehen soll.

In Oesterreich arbeitet gegenwärtig der Slavismus, speciell Czechismus, mit Hochdruck. Die deutsche Stadt Wien und Niederösterreich sollen nun auch czechische Schulen erhalten. Wenigstens hat der Wiener czechische Verein „Komensky" beschlossen, in Wien mehrere czechische Volksschulen zu errichten und sollen auch dazu die Mittel schon vorhanden sein. Jener Beschluß ward vor einigen Tagen von der Generalversammlung des genannten Vereins gefaßt, der auch der Protector des Vereins, Graf Johann Harrach, beigewohnt hat. In jener Versammlung ward unter Anderem darauf hingewiesen, daß es in Niederösterreich, längs der mährischen Grenze, viele czechische Ortschaften gebe, welche gegen die deutschen Volksschulen protestiren und czechische verlangen. In diesem Sinne wären dem Reichsrathe eine ganze Reihe Petitionen von jenen czechischen Grenzgemeinden zugegangen. — Auch in Südösterreich verdoppeln gegenwärtig die Slowenen ihre Anstrengungen gegen die deutsche Volksschule. Der slowenische Abgeordnete Vosnjak hat im Reichsrathe bereits angekündigt, daß ihm aus Kärnten gleichfalls Petitionen zugegangen, die von den deutschen Volksschulen nichts wissen wollen. „Es sei hohe Zeit", rief der genannte Abgeordnete aus, „mit dieser antinationalen deutschen Schulwirthschaft tabula rasa zu machen". Von der czechisch-föderalistischen Majorität des Abgeordnetenhauses wurden jene Worte selbstverständlich beklatscht.

In Wien wollten die Socialdemokraten in Zobel's Bierhalle wieder eine große Volksversammlung halten, in der über „Volk und Parlament" und die „Presse" gesprochen werden sollte. Da die Wiener Socialdemokraten in der Jüngstzeit die Erfahrung gemacht, daß alle Volksversammlungen, welche direct aus der Mitte ihrer Partei der Behörde angemeldet wurden, nicht stattfinden durften, so hat man diesmal zur Anmeldung einen „gemäßigten" Socialdemokraten, den Meerschaumdrechsler Waldherr, vorgeschoben. Die Versammlung ward aber dennoch verboten. Bezüglich dieses Verbotes will nun der socialdemokratische Abgeordnete Dr. Kronawetter den Minister-Präsidenten Graf Taaffe im Abgeordnetenhause interpelliren.

In dem nunmehr, wie bereits aus Petersburg telegraphisch gemeldet, beendeten Processe Trigonja waren die Reden der Advocaten Spassowitsch, Gerard, Utinstrew und Alexandroff durch eine so kühne Sprache charakterisirt, daß sie die Kühnheit der Vertheidigung in den früheren politischen Processen, namentlich in dem Proceß von Vera Sassulitsch, die denselben Vertheidiger Alexandroff hatte, noch übertrafen. Alexandroff protestirt vornehmlich gegen die Berechtigung des Procurators, auf Grund des Eingeständnisses Emeljanoff's in der Voruntersuchung letzteren der Theilnahme an dem Attentat vom 13. März v. J. anzuklagen; er stützt sich dabei auf den Codex des Zaren Alexei Michailowitsch. Der Vertheidiger hebt hervor, daß die Angeklagten in gewisser Beziehung als krank anzusehen seien, daß sie aber persönlich anständig, ja ehrenhaft wären; schlösse man den Kaisermord aus, so sei ihre Lehre sehr wohl discutirbar. Bei der Frage, wie Emeljanoff in der Voruntersuchung dazu gekommen, seine Theilnahme am Attentate vom 13. März v. J. einzuräumen, bemerkt Alexandroff, daß er als Vertheidiger bezeugen müsse, daß sein Client nicht durch die Folter dazu gezwungen worden sei, obgleich inländische wie ausländische Gerüchte behaupteten, politische Verbrecher würden durch die Folter zur Abgabe von Geständnissen gezwungen. In Bezug auf Emeljanoff verneine er solches entschieden und sei er als Vertheidiger desselben der beste Zeuge. Zum Tode verurtheilt sind die bei dem Attentat vom 13. März v. J. Betheiligten und zwar Michailoff, Kolotkewitsch, Trigonja, Suchanoff, Issajeff, Kletotschnikoff, Emeljanoff, Barannikoff, Merkuloff und die Lebedeff, die übrigen Angeklagten, bis auf den Angeklagten Lustig, welcher 4 Jahre Zwangsarbeit erhielt, wurden zu Zwangsarbeit auf unbestimmte Zeit verurtheilt.

In Cettinje ist auf Befehl der montenegrinischen Regierung der Correspondent der „Moskauer Wjedomosti" verhaftet. Ein Grund wird nicht angegeben; es liegt aber wohl auf der Hand, daß das Gebahren des Russen dazu angethan gewesen sein muß, Montenegro Oesterreich gegenüber zu compromittiren. Noch klarer jedoch ist es, daß man in Cettinje nicht an die Unterstützung Rußlands zu Gunsten der Insurgenten glaubt, sonst hätte man dort kaum so viel Energie gezeigt.

Meldungen aus Konstantinopel lassen das Verhältniß des ostrumelischen General-Gouverneurs Aleko Pascha zur Pforte als ein sehr gespanntes erscheinen. Als Ursache dieser Spannung wird nächst dem Zerwürfnisse wegen der den türkischen Emigranten gehörigen Immobilien-Güter die Forderung Aleko's bezeichnet, das organische Statut solle in dem Sinne abgeändert werden, daß dem Sultan das Begnadigungsrecht bei Todesstrafen entzogen würde.

In dem zwischen den beiden Häusern des englischen Parlaments ausgebrochenen Conflict ist eine neue Phase zu verzeichnen. Wie vorausgesehen wurde, lehnt die Regierung die Betheiligung an den Berathungen der vom Oberhause eingesetzten Enquete-Commission rundweg ab und überläßt es den Lords, auf eigene Hand und aus eigenen Mitteln die ihnen gewordene Aufgabe: „Feststellung der Wirkungen des Agrargesetzes" zu lösen. Ob dies gelingen wird, bleibt fraglich, da die Enquete-Commission ohne die amtlichen Berichte und Feststellungen, deren Hergabe das Ministerium wohl zunächst verweigern wird, schwerlich im Stande sein dürfte, einen klaren und zuverlässigen Einblick in die Situation zu gewinnen. Es bliebe für diesen Fall der Commission kein anderes Auskunftsmittel übrig, als sich an Ort und Stelle zu begeben und dort mühsame, zeitraubende, zudem aber wohl auch nicht ganz ungefährliche Erhebungen anzustellen, deren Beendigung vielleicht erst lange nach Schluß der Session erfolgen dürfte. Wie man aus dem Verhalten der Regierung erkennt, ist diese nicht nur nicht geneigt, Nachgiebigkeit zu beweisen, sondern sogar entschlossen, den Peers die Spitze zu bieten. Hat sie doch sogar durch Cabinetsbeschluß dem Minister für Irland, Staatssecretair Forster, soeben verboten, der an ihn ergangenen Einladung, vor dem Ausschusse zu erscheinen, um über die Lage Irlands Auskunft zu geben, Folge zu leisten. In schärferer Weise konnte sie ihre Indignation über das Vorgehen des Oberhauses kaum ausdrücken.